

presse

Elterngeld-Kürzungen: Eltern droht böse Weihnachts-Überraschung

Zu der aktuellen Berichterstattung über neue Elterngeld-Bescheide, die bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Kürzung des Elterngeldes zugestellt werden sollen, erklären die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik Christel Humme:

Wie aus einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine Frage der SPD-Bundestagsfraktion hervorgeht, droht 90.000 Eltern, die zur Zeit Elterngeld beziehen, ab Januar 2011 die Kürzung der laufenden Elterngeldzahlungen. Darüber hinaus müssen Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II mit der kompletten Anrechnung, also der Streichung des Elterngeldes rechnen. Die Bundesfamilienministerin lässt damit zahlreiche Familien im Stich, die sich auf die Unterstützung des Staates verlassen haben.

Eine Familie mit einem Nettoeinkommen von 1.500 Euro muss Einbußen in Höhe von etwa 340 Euro pro Jahr hinnehmen. Arbeitslose Eltern werden sogar 3.600 Euro weniger im Jahr zur Verfügung haben. Für Eltern, die das Höchstelterngeld von 1.800 Euro beziehen, verändert sich hingegen nichts.

Die SPD-Bundestagsfraktion betont erneut, dass sie diesen völlig unsozialen Kürzungsplänen nicht zustimmen wird.